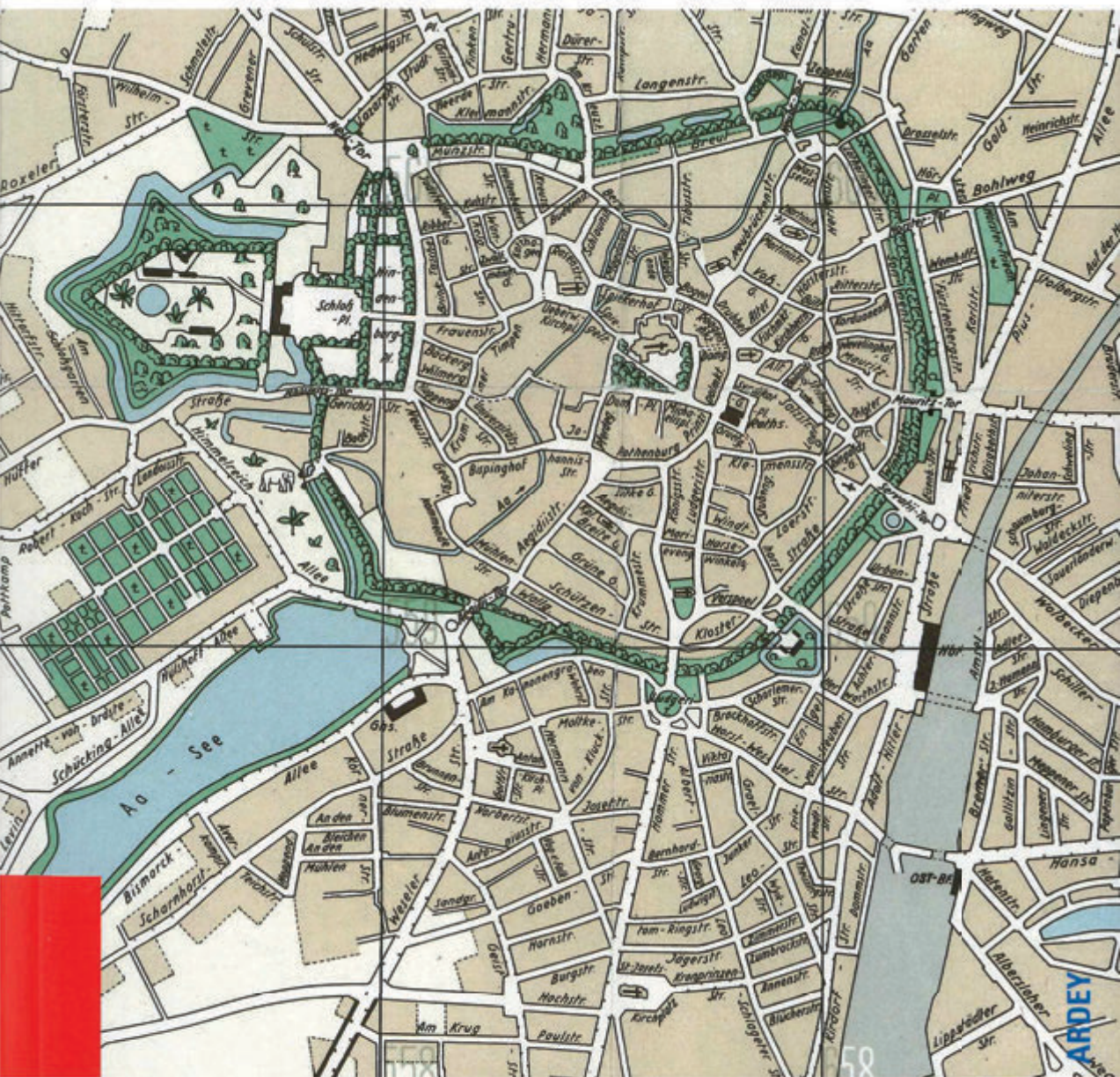


Matthias Frese (Hg.)

Fragwürdige Ehrungen!?

Straßennamen als Instrument von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur



Fragwürdige Ehrungen!?

LWL-INSTITUT FÜR WESTFÄLISCHE REGIONALGESCHICHTE
LANDSCHAFTSVERBAND WESTFALEN-LIPPE
MÜNSTER

in Verbindung mit
LWL-LITERATURKOMMISSION FÜR WESTFALEN
WESTFÄLISCHER HEIMATBUND

FRAGWÜRDIGE EHRUNGEN!?

Straßennamen als Instrument
von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur

herausgegeben von Matthias Frese

Ardey-Verlag
Münster 2012

Redaktion:
Matthias Frese
Thomas Küster

Umschlagmotiv:
Ausschnitt aus »Münster: Westfalens schöne Hauptstadt« (Karte von 1939).
Vervielfältigt mit Genehmigung des Vermessungs- und Katasteramtes der
Stadt Münster vom 12. 1. 2012 (Kontrollnr. 6222.185.12).

Bibliografische Information der
Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Ardey-Verlag Münster 2012

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk sowie einzelne Teile desselben
sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den
gesetzlich zulässigen Fällen ist ohne vorherige Zustimmung des Verlages
nicht zulässig.

Herstellung: Ardey-Verlag
ISBN (ePDF) 978-3-87023-437-9
ISBN (Print) 978-3-87023-363-1

INHALT

| | |
|---|-----|
| <i>Bernd Walter</i> | |
| Vorwort | 7 |
| <i>Matthias Frese</i> | |
| Straßennamen als Instrument der Geschichtspolitik und Erinnerungskultur. Fragestellungen und Diskussionspunkte | 9 |
| <i>Rainer Pöppingbege</i> | |
| Geschichtspolitik per Stadtplan. Kontroversen zu historisch-politischen Straßennamen | 21 |
| <i>Marcus Weidner</i> | |
| »Wir beantragen ... unverzüglich umzubenenen«. Die Straßenbenennungspraxis in Westfalen und Lippe im Nationalsozialismus | 41 |
| <i>Marcus Weidner</i> | |
| »Mördernamen sind keine Straßennamen«. Revision und Beharrung in der Straßenbenennungspraxis der Nachkriegszeit – Westfalen und Lippe 1945–1949 | 99 |
| <i>Walter Gödden</i> | |
| Belastete Straßennamen. Westfälische Autorinnen und Autoren in der NS-Zeit | 121 |
| <i>Steffen Stadthaus</i> | |
| Agnes Miegel – fragwürdige Ehrung einer nationalsozialistischen Dichterin. Eine Rekonstruktion ihres Wirkens im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit | 151 |
| <i>Karl Ditt</i> | |
| Karl Wagenfeld (1869–1939): Dichter, Heimatfunktionär, Nationalsozialist? | 179 |
| <i>Steffen Stadthaus</i> | |
| Friedrich Castelle. Ein politischer Heimatschriftsteller | 233 |
| <i>Hans-Ulrich Thamer</i> | |
| Straßennamen in der öffentlichen Diskussion: Der Fall Hindenburg | 251 |
| Autoren | 266 |
| Bildnachweis | 267 |

VORWORT

Gegenwärtig wird in Städten und Gemeinden um Straßennamen intensiv und leidenschaftlich gestritten. In Westfalen steht dabei die Zeit des Nationalsozialismus im Fokus. In den Debatten drücken sich veränderte Sichtweisen auf das Verhalten und die Handlungsmöglichkeiten von Zeitgenossen während des Kaiserreichs, insbesondere der Kolonialzeit und des Ersten Weltkrieges, der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus aus. Das Hauptaugenmerk richtet sich auf Straßenbenennungen in der frühen Bundesrepublik, vor allem zur Ehrung von Heimatschützern, Literaten, Ärzten, Wissenschaftlern oder Sportlern. Die Kontinuitätsfrage, das systemkonforme Handeln unter verschiedenen politischen Vorzeichen, die Nähe von völkischem und rassistischem Denken stellen eine Herausforderung für eine angemessene Beurteilung und Einordnung dieser Personen dar.

Das LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte ist schon seit über zwanzig Jahren mit grundlegenden Forschungen zur Gesellschaftsgeschichte Westfalens im 20. Jahrhundert im Allgemeinen wie zur NS-Zeit und zur Geschichte der Psychiatrie und der Kulturpolitik des LWL im Besonderen an den Debatten um die Erinnerungskultur beteiligt. Als aus dem kommunalen Raum vermehrt geschichtswissenschaftliche Expertisen nachgefragt wurden, lag es daher nahe, dass sich das LWL-Institut, die LWL-Literaturkommission für Westfalen und der Westfälische Heimatbund entschlossen, eine Tagung zum Thema »Straßennamen als Instrument der Geschichtspolitik und Erinnerungskultur« zu veranstalten und die Ergebnisse der Tagung für eine breite Öffentlichkeit zu publizieren.

Wenn der Leser jedoch ein Patentrezept in Form einer »schwarzen Liste« erhofft, dann wird er enttäuscht werden. Die Entscheidung über die Benennung und Umbenennung von Straßen in den Städten und Gemeinden müssen von den gewählten Gremien und in engem Gedankenaustausch mit den Bürgerinnen und Bürgern getroffen werden. In Münster führte die Stadt dazu beispielsweise eine repräsentative Umfrage durch. Die Dokumentation der Tagung will Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verwaltung und Heimatvereinen sowie der Bürgerschaft grundlegende Informationen liefern, damit sie gemeinsam die Handlungsmöglichkeiten auf der Basis von vertieftem historischem Wissen und von Vergleichen diskutieren und Entscheidungen vor Ort treffen können.

Zu danken ist Dr. Edeltraud Kluebing, Westfälischer Heimatbund, und Prof. Dr. Walter Gödden, LWL-Literaturkommission für Westfalen, für ihre Mitwirkung und Unterstützung bei der Durchführung der gemeinsamen Tagung. Dr. Matthias Frese hat den Großteil der konzeptionellen und organisatorischen Vorarbeit geleistet und erfuhr durch Katharina Stütz, wissenschaftliche Volontärin im LWL-

Institut, in jeder Hinsicht Unterstützung. Sie hat mit ihrem Engagement bei der Vorbereitung, Organisation und Nachbereitung der Tagung wesentlich zum Gelingen beigetragen. Die studentischen Volontärinnen und Volontäre Sebastian Frolik, Marina Kramm, Anja Mikolajek und Magnus Tintrup gen. Suntrup haben mit großem Einsatz die Veranstaltung begleitet. Herzlicher Dank gilt schließlich allen Beiträgern des Sammelbandes für die Bereitschaft, ihre Vorträge auf der Tagung im Juli 2011 in kurzer Zeit zu empirisch gesättigten und auf umfangreichen Quellenstudien ruhenden Aufsätzen auszuarbeiten.

Münster, im Dezember 2011

Bernd Walter

Matthias Frese

STRASSENAMEN ALS INSTRUMENT DER GESCHICHTSPOLITIK UND ERINNERUNGSKULTUR. FRAGESTELLUNGEN UND DISKUSSIONSPUNKTE

Straßennamen dienen Bewohnern und Besuchern eines Ortes in der Regel zunächst zur räumlichen Orientierung. Darüber hinaus sollen sie jedoch bei Personennamen – und teilweise bei Ortsnamen – die Erinnerung wach halten, das Gedenken fördern und die Personen, Ereignisse oder Orte ehren. Straßenbenennungen sind damit auch Handlungen der Vergangenheitspolitik der einen Namen vorschlagenden Bürgerinnen und Bürger oder Organisation sowie der den Namen verleihenden Stadt und deren Vertreter.

Straßennamen verweisen auf die Zeit ihrer Verleihung, auf die Herrschaftsverhältnisse, die jeweilige Kultur und den Raum. Sie sind »Gedächtnisspeicher« und »Erinnerungsfiguren« des »kollektiven Gedächtnisses«. ¹ Da das kollektive Gedächtnis über das »lebendige Gedächtnis« individueller Erfahrungen und über das »kommunikative Gedächtnis« von zumeist nicht mehr als drei Generationen hinausreicht, benötigt es materielle Träger wie Denkmäler, Museen oder eben Straßennamen. Diese stellen somit »Medien« dar, mit denen die Erinnerung gesteuert werden soll. ²

Zugleich ist das kollektive Gedächtnis auf die Politik als Organisationshilfe angewiesen. Dadurch besteht die Gefahr, dass die Erinnerungen unzulässig verkürzt und verändert werden. Straßennamen sind deshalb kein Gedächtnis einer Stadt, sondern bilden zunächst die Erinnerung der herrschenden, Namen gebenden Gruppen, Institutionen und Einrichtungen zu einem bestimmten Zeitpunkt ab. ³

1 Vgl. etwa Johanna Sängler, *Heldenkult und Heimatliebe. Straßen- und Ehrennamen im offiziellen Gedächtnis der DDR*, Berlin 2006, S. 10 f., im Anschluss an Jan Assmann, *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, München 1992. Die Forschungsliteratur zu Erinnerung und Gedächtnis ist insbesondere in den letzten Jahren immens angewachsen. Ausgezeichnete Einführungen zur Forschungsgenese und zu den verschiedenen Ansätzen mit teilweise konkurrierenden Begriffen und Definitionen bieten: Aleida Assmann, *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, München 2006; Astrid Erll, *Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen*, Stuttgart 2005; Christian Gudehus/Ariane Eichenberg/Harald Welzer (Hg.), *Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Handbuch*, Stuttgart 2010.

2 Vgl. den Sammelband Astrid Erll/Ansgar Nünning (Hg.), *Medien des kollektiven Gedächtnisses. Konstruktivität – Historizität – Kulturspezifität*, Berlin 2004, darin u. a. Aleida Assmann, *Zur Mediengeschichte des kulturellen Gedächtnisses*, S. 45–60.

3 Die Forschungsliteratur zur Geschichtspolitik mit Straßennamen konzentriert sich sehr auf die Entwicklungen in einzelnen Städten. Vgl. beispielhaft Marion Werner, *Vom Adolf-Hitler-*

Straßenbenennungen stellen somit eine Form von Geschichtspolitik dar. In ihnen drückt sich ebenso wie bei anderen Gedächtnisorten oder in der politischen Bildung »der öffentliche Gebrauch der Geschichte durch Deutungseliten« aus.⁴ Straßennamen dienen somit auch als »öffentliches« und »politisches Gedächtnis mit einem unbegrenzten Zukunftsanspruch«.⁵ Sie sind mehr als lediglich politische Symbole, da mit den Benennungen stets die Urheber, Orte, Anlässe sowie die Form verbunden sind.

Gemeinsame Erinnerungen und das kollektive Gedächtnis müssen jedoch immer wieder ausgehandelt und festgelegt werden. Die »Prozesse des Erinnerns und Vergessens in einer Gesellschaft« können auch als »Gedächtnispolitik« verstanden werden.⁶ Dazu gehören sowohl die *damnatio memoriae* oder die *oblivio memoriae* als Anweisung oder Verabredung zum Vergessen einer Person, einer Handlung oder eines Ereignisses, als auch umgekehrt das Gebot und die Verpflichtung zur Erinnerung, die sich beispielsweise in den gesetzlichen Gedenktagen niederschlagen.

Aus historischer Perspektive bezeichneten Straßennamen zuerst die Richtung und die nächstliegenden Orte, markante geographische Punkte, Flurstücke, anliegende Gebäude und Einrichtungen sowie mitunter die mehrheitlich in einer Straße wohnenden Personengruppen oder angesiedelten Handwerke. In der Moderne wurden Straßennamen jedoch oftmals vom umgebenden Raum entkoppelt und erhielten einen stärker ideellen Bezug zur umgebenden Kultur als zum konkreten Ort, den sie benannten. Ehrende Funktionen wurden Straßennamen in Deutschland vor allem seit der Französischen Revolution und den napoleonischen Eroberungen zugewiesen. Mit dem Wachstum der Städte und dem Ausbau der Straßennetze nahm der Anteil der ehrenden Bezeichnungen weiter zu. Vergeben wurden vor allem Namen von Dichtern, Musikern und Künstlern, von Mitgliedern der Herrscherhäuser, von hohen Militärs und Beamten. Hingegen war der Anteil der Flurnamen und der geographischen Bezeichnungen rückläufig.⁷

Platz zum Ebertplatz. Eine Kulturgeschichte der Kölner Straßennamen seit 1933, Köln 2008; sowie die umfangreichen Literaturangaben in den nachfolgenden Beiträgen. Dagegen liegen nur wenige vergleichende, regional oder länderübergreifend angelegte historische Studien vor. Vgl. neben der erwähnten Untersuchung von Sänger, Heldenkult, hier u. a. S. 41 f., die insbesondere Jena und Berlin vergleicht, vor allem die wichtige Überblicksstudie von Rainer Pöppinghege, Wege des Erinnerns. Was Straßennamen über das deutsche Geschichtsbewusstsein aussagen, Münster 2007. Eine vergleichend angelegte Studie auf breiter empirischer Basis zur Geschichte der Bundesrepublik fehlt.

4 Vgl. Sabine Moller, Der kollektive Gedächtnis, in: Gudehus/Eichenberg/Welzer (Hg.), Gedächtnis und Erinnerung, S. 91.

5 Vgl. Assmann, Schatten, S. 198.

6 Vgl. Helmut König, Das Politische des Gedächtnisses, in: Gudehus/Eichenberg/Welzer (Hg.), Gedächtnis und Erinnerung, S. 117.

7 Vgl. dazu ausführlich Pöppinghege, Wege des Erinnerns.

Straßenumbenennungen greifen damit in die Erinnerungskultur ein, verbannen oder entnehmen einzelne Personen (oder Orte, Ereignisse usw.) dem offiziellen Gedächtnis einer Stadt. Zugleich verweisen Umbenennungen auf den Umgang der jeweiligen Kultur mit den Erinnerungsmedien Straßennamen (oder Namen von Schulen usw.), Denkmäler, Gedenkstätten, Herrschaftszeichen. Straßenumbenennungen können durch den umfassenden Austausch von Namen bestimmter Repräsentanten eines früheren politischen Systems oder einzelner Personengruppen – wie während der NS-Diktatur, nach der Besetzung Deutschland 1945 oder nach dem Ende der DDR – das Format eines »Bildersturms« besitzen. Straßenumbenennungen wirken mitunter aber gerade nicht als *damnatio memoriae*, wie der oft noch lange Zeit nach einer Umbenennung beobachtbare Gebrauch ehemaliger Namen von Straßen und Plätzen durch die Bewohnerinnen und Bewohner einer Stadt zeigt. Erst auf lange Sicht dürften wohl die früheren Namen »im Alltagsleben und -gedächtnis«⁸ vergessen werden, wenn sie aus der Erinnerung der Zeitgenossen und dem kommunikativen Gedächtnis verschwunden sind. Andererseits muss die individuelle Erinnerung an einen Straßennamen nicht zwingend mit dem Namensgeber verbunden sein. Vielmehr kann der Name auch als Symbol für andere individuelle Erfahrungen und Praktiken tradiert werden.⁹ Schließlich ist es kaum möglich, die offizielle Erinnerung zu messen und die Deutungen der kommunalen Eliten und politisch regierenden Gruppen zu überprüfen.¹⁰

Straßenumbenennungen sind in Deutschland zumeist Folgen und Zeichen politischer Zäsuren, so während des 20. Jahrhunderts die Umbrüche 1918/19, 1933, 1945 und 1989/90.¹¹ In der Diktatur veranschaulichen die Namen und die Benennungspraxis die politische Steuerung des Umgangs mit der Vergangenheit. Namen verdeutlichen den Machtanspruch und sind Instrumente der »Gedächtnispflege«. Namen transportieren Werte und kanonisieren Personen und Inhalte. Das Benennungsverfahren zeigt somit, wie das offizielle Gedächtnis vermittelt wurde. Während des NS-Regimes und in der Zeit der DDR dominierten beispielsweise zentralistische Vorgaben. Allerdings muss das offizielle Gedächtnis in einer Diktatur nicht mit dem »kollektiven Gedächtnis« der Gesellschaft übereinstimmen. Zudem wurden Vorgaben aus staatlichen und Parteiinstan-

8 Vgl. in diesem Band den Beitrag von Karl Ditt, Karl Wagenfeld, S. 179.

9 Vgl. etwa die Diskussionen und Stellungnahmen in den Leserbriefen der Westfälischen Nachrichten und der Münsterschen Zeitung zur beabsichtigten Umbenennung des Hindenburgplatzes in Münster. Für die Verwendung des früheren Namens »Neuplatz« noch im Jahr 1960 vgl. den Film »Münster ist eine Reise wert« von Franz-Josef Goertz (1959/60) (Filmarchiv des LWL-Landesmedienzentrums, Münster). Vgl. allgemein auch Moller, Der kollektive Gedächtnis, S. 90; Gerald Echterhoff, Das kommunikative Gedächtnis, in: ebd., S. 112 f.

10 Vgl. auch Sänger, Heldenkult, S. 43.

11 Vgl. in diesem Band Pöppinghege, Geschichtspolitik.

zen während der nationalsozialistischen Zeit bei der Benennungspraxis vor Ort mitunter »angepasst«. ¹²

Straßenumbenennungen in der heutigen Demokratie (sollten) korrigieren und pluralisieren – unter Einbeziehung der Bürger und der lokalen Öffentlichkeit anstelle zentraler Vorgaben und Entscheidungen. Dabei trafen und treffen Forderungen nach Umbenennungen mitunter auf das Argument, keine neuen Erinnerungen vorzugeben, sondern die Namen als Relikte und Mahnungen stehen zu lassen (Stichwort: »Aus der Geschichte lernen«). In diesem Fall soll das kollektive Gedächtnis vormalige Ehrungen umwidmen in Gedenken und Erinnern im neuen Kontext.

Beide Entwicklungen lassen sich sowohl nach dem Ende der NS-Zeit als auch seit 1990 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR beobachten. ¹³ Die Namen führender Personen wurden ersetzt. Wichtige Straßen erhielten Namen von Opfern der beiden Diktaturen (u. a. Personen des Widerstands gegen das NS-Regime, zumeist aus dem Umfeld der Attentäter des 20. Juli 1944 bzw. führende Personen des Aufstandes am 17. Juni 1953 und Opfer der Verfolgungsmaßnahmen). Bisherige politische Symbole wurden durch neue politische Symbole ausgetauscht. Zugleich blieben aber etliche Straßennamen mit Personen- und Ereignissen erhalten, deren politischer Symbolgehalt im Bewusstsein vieler Handelnder zurückge- oder verdrängt und durch andere Bezüge ausgewechselt worden war. Solche Namen galten oftmals nicht als durch die Handlungen der Diktaturen kontaminiert.

In jüngerer Zeit sind Umbenennungen vor allem Ausdruck des sich verändernden Gedenkens an und der veränderten Sichtweisen auf die NS-Zeit, des Verständnisses von gesellschaftlichen Umgangsweisen in der Diktatur, von Tätern, Opfern und Profiteuren rassistischer Politik, schließlich in weiterer Hinsicht Ausdruck des veränderten Blicks auf die Zeit der Weimarer Republik, auf das Kaiserreich und den Kolonialismus. Deutlich wurden diese veränderten Sichtweisen zuletzt bei den Diskussionen um Carl Diem ¹⁴ oder Peter Petersen, ¹⁵ aber auch bei den Diskussionen um die Profiteure von Arisierungen im lokalen Umfeld wie Fritz Szepan in Gelsenkirchen, zu Wissenschaftlern, Literaten, Heimatschützern aus dem nationalkonservativen und völkischen Spektrum sowie bei Personen mit gebrochenen Biographien, die nach einer Karriere während der NS-Zeit eine

12 Vgl. Säger, Heldenkult, S. 12; sowie ausführlich in diesem Band den Beitrag von Marcus Weidner, »Wir beantragen ...«.

13 Vgl. beispielhaft und mit den weiteren Literaturnachweisen Säger, Heldenkult; Pöppinghege, Wege des Erinnerns, sowie die Beiträge von Marcus Weidner in diesem Band.

14 Vgl. dazu die Kontroverse in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 2011, H. 3, insbesondere zwischen dem Verfasser einer vierbändigen Biographie über Carl Diem, Frank Becker, und dem Sporthistoriker Michael Krüger. Zur Umbenennung z. B. in Münster vgl. Jörg Giese, Carl-Diem-Weg verschwindet vom Stadtplan, in: Münstersche Zeitung, 4. 11. 2010.

15 Vgl. etwa Anna Lehmann, Der edle Rassist, in: taz. Die Tageszeitung, 17. 11. 2010.

zweite, mit Straßennamen geehrte Entwicklung während der Bundesrepublik genommen haben (Schiller, Schleyer, von Braun).¹⁶ Schon jetzt ist absehbar, dass sich mit dem Tod der Zeitgenossen und mit einer neuen, multimedialen Aufbereitung der Bilder und Geschehnisse die Erinnerungen und das kollektive Gedächtnis an die NS-Zeit erneut verschoben werden.¹⁷

Der vorliegende Sammelband fußt auf einer öffentlichen Veranstaltung, die das LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte in Kooperation mit der LWL-Literaturkommission und dem Westfälischen Heimatbund am 12. Juli 2011 in Münster im Landeshaus des Landschaftsverbands Westfalen Lippe organisiert hat.¹⁸ Anlass für die Tagung und diesen Sammelband waren Anfragen aus Städten und Gemeinden in Westfalen-Lippe an die Veranstalter. In zahlreichen Städten und Gemeinden werden in jüngerer Zeit kontroverse Diskussionen um Straßennamen und Anträge auf Umbenennungen geführt oder zumindest eingefordert, wie beispielsweise die vielen Berichte und Leserbriefe in den Lokalzeitungen verdeutlichen.¹⁹ Dabei geht es in der Regel um die Frage, ob bestimmte Personen wie Friedrich Castelle, Agnes Miegel, Karl Wagenfeld oder Paul von Hindenburg wegen ihres Verhältnisses zum Nationalsozialismus oder ihres Verhaltens im »Dritten Reich« noch als Namensgeber von Straßen und öffentlichen Einrichtungen tragbar sind.

Von vorne herein wurde aber von Seiten des LWL erklärt, dass es das Ziel der Tagung und dieses Sammelbandes ist aufzuzeigen, nach welchen Kriterien Ehrungen in Form von Straßennamen erfolgten und wie nachfolgende Generationen mit der Zeit des Nationalsozialismus umgingen und umgehen. Entgegen mancher Erwartungen kann der LWL jedoch keine Empfehlungen zu einzelnen Namen

16 Vgl. etwa zu den Diskussionen über Umbenennungen von Straßen in Celle das Gutachten von Burkhard Stöbel, »Es ist nicht ganz einerlei, wie die Straße heißt, in der man wohnt«. Straßennamen in Celle und personelle Verflechtungen mit dem Nationalsozialismus, Hannover 17. 10. 2010 (aktualisierte Fassung 30. 11. 2010) (http://www.celle.de/media/custom/342_17458_1.PDF?1291276279) (15. 12. 2011).

17 Zur Tradierung von Erinnerungen z. B. im Familiengedächtnis vgl. Harald Welzer u. a., »Opa war kein Nazi«. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt a. M. 2008 (zahlr. Aufl.). Zu den vielfältigen Bemühungen um Zeitzeugen vgl. zuletzt das Projekt »Gedächtnis der Nation« (www.gedaechtnis-der-nation.de) (15. 12. 2011) oder die »Zeitzeugen«-Interviews der Redaktion Zeitgeschichte des ZDF. Kritisch zu solchen Ansätzen vgl. etwa Linde Apel: Rezension zu: Marc J. Phlipp, »Hitler ist tot, aber ich lebe noch«. Zeitzeugenerinnerungen an den Nationalsozialismus, Berlin 2010, in: H-Soz-u-Kult, 13. 12. 2011 (<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2011-4-184>).

18 Vgl. die ausführlichen Tagungsberichte von Katharina Stütz, »Fragwürdige Ehrungen?!« Straßennamen als Instrument von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur, Münster 12. 7. 2011, in: Westfälische Forschungen 61 (2011), S. 511–520 und in: H-Soz-u-Kult, 28. 9. 2011 (<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=3818>).

19 Die immense Diskussion zeigt beispielhaft für die Literaten und die Heimatbewegung der Anhang zum Beitrag von Walter Gödden.

geben. Davon unbenommen beziehen die Autoren des Sammelbandes Position als Experten, nicht aber als Ankläger oder gar als Richter.

Für den Sammelband wurde die Struktur der Tagung beibehalten. Allerdings wurden einzelne Beiträge neu zugeschnitten. Die Verfahren und die Praxis der Straßenbenennungen und Umbenennungen in Westfalen und Lippe während der Zeit des Nationalsozialismus und nach 1945 sowie die beiden Literaten Friedrich Castelle und Agnes Miegel werden auf der Grundlage neuen, umfangreichen Archivmaterials in eigenen Aufsätzen behandelt.

In seinem ersten Teil verfolgt der Band daher zunächst in vier Überblicksbeiträgen für Westfalen und Lippe die historischen Entwicklungslinien der Straßenbenennungen und untersucht eingehend die Verfahren und die Praxis der Straßenbenennungen und Umbenennungen in den einzelnen Städten und Gemeinden zum einen während der nationalsozialistischen Zeit und zum anderen während der ersten Jahre nach der Zerschlagung der NS-Diktatur. Er analysiert anschließend das Spektrum der Dichterinnen und Dichter, die in einem mehr oder weniger engen Verhältnis zum Nationalsozialismus standen und die heute noch in Westfalen und Lippe auf Straßenschildern geehrt werden.

Dabei skizziert im ersten Beitrag *Rainer Pöppinghege* anschaulich die Genese der Straßennamen seit dem Ende des 18. Jahrhunderts und verdeutlicht die Zeitgebundenheit der Benennungen. Straßennamen waren nie ein »Spiegel der Geschichte«, sondern transportieren ein ausgesprochen selektives Geschichtsbild. In der Gegenwart sind allerdings die über die Namensgebung entscheidenden Zeitgenossen kaum noch im Blickfeld, sondern nur noch die geehrten Personen. Bei ihnen handelte es sich zumeist um Dichter und Denker, Monarchen und deren Familienangehörige, Heilige und hochrangige Kirchenvertreter, Militärs, Techniker und konservative Politiker, insgesamt zum größten Teil Männer. Pöppinghege kann am Beispiel mehrerer westfälischer und lippischer Städte prägnant die verschiedenen Benennungskonjunkturen beschreiben, bei denen jeweils bestimmte Namen bevorzugt verwendet wurden, so unter anderen die preußisch-dynastische Tradition, die Erinnerung an die antinapoleonischen Kriege und an den deutsch-französischen Krieg 1870/71, die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg mit den Namen militärischer »Helden«, die NS-Zeit und schließlich die Bundesrepublik mit bundesdeutschen Nachkriegspolitikern, Personen aus dem Widerstand gegen das NS-Regime, aber auch mit den vorgeblich unpolitischen, nationalistischen Heimatdichtern und Vertretern der Heimatbewegung.²⁰

²⁰ Allerdings sind insbesondere die Entwicklungen seit den 1970er/1980er Jahren noch kaum erforscht. Zu den Benennungskonjunkturen als Ausdruck der sich verändernden Geschichtspolitik und offiziellen Erinnerungen vgl. auch mit weiteren Differenzierungen: Pöppinghege, Wege des Erinnerens, sowie Ute Frevert, Gedächtnisorte der frühen Bundesrepublik, in: Aleida

Marcus Weidner zeigt anschließend auf breiter Quellenbasis erstmals, wie stark die Benennungsregelungen und die Praktiken in den einzelnen westfälischen und lippischen Städten und Gemeinden auseinander fielen. Insbesondere während der ersten Jahre der NS-Diktatur eilte die Praxis häufig den formalen Vorgaben voraus. Zugleich legten die städtischen Vertreter auf die nachträgliche Legitimation solcher spontanen Aktionen der SA und anderer nationalsozialistischer Organisationen Wert. Neben Benennungen mit den Namen führender verstorbener und lebender Nationalsozialisten gab es vielfältige Besonderheiten in den einzelnen Städten und Gemeinden, wodurch das Spannungsfeld von Kommune, Staat und NSDAP in seinen verschiedenen Ausprägungen sichtbar wurde. Weidner verweist auch auf die politisch-propagandistischen Intentionen insbesondere bei den »spontanen« Umbenennungsaktionen. Allerdings artikulierten sich hier mitunter, beispielsweise bei Namen aus dem kirchlichen Bereich, auch Proteste aus Teilen der Bevölkerung gegen solche Aktionen. Für die ersten Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges konstatiert *Marcus Weidner* dann in seinem folgenden Beitrag zwei Phasen der Benennungspraxis: Zum einen die unmittelbare Eroberung Deutschlands durch die Alliierten sowie zum anderen die Phase der anschließenden Militäradministration und der frühen Kommunalpolitik mit den neuen, eingesetzten Bürgermeistern und den häufigen Machtverschiebungen nach den ersten Wahlen. Am Beispiel von Siegen und Münster veranschaulicht Weidner die innerstädtischen Auseinandersetzungen und die Konflikte zwischen der Stadtverwaltung, der Besatzungsmacht und den staatlichen Behörden in den Jahren 1946 bis 1950 bei der Anwendung von Vorgaben zur Umbenennung belasteter Straßennamen. Dabei zeigt Weidner ebenfalls, dass Neu- und Umbenennungen die Meinungen der kommunalpolitischen Mehrheiten und der städtischen Deutungseliten, der lokalen Medienöffentlichkeit, mächtiger kommunaler Interessengruppen und der interessierten Bürgerinnen und Bürger abbildeten. So setzten sich beispielsweise in Münster seit 1946/47 die beherrschenden Kräfte durch und verhinderten die vorgegebenen Umbenennungen. Zugleich kehrte man aber auch nicht zur Namenssituation der Jahre vor 1933 zurück, sondern behielt zum einen etliche nationalsozialistische Namensgebungen und zum weiteren die Namen belasteter deutschnationaler Politiker wie Paul von Hindenburg bei. Die nationalsozialistische Zeit bildete somit in Münster wie in vielen anderen westfälischen Städten und Gemeinden eine »nachwirkende Zäsur«, da Umbenennungen von Straßennamen beispielsweise mit jüdischen liberalen und linken Politikern der Weimarer Republik nicht rückgängig gemacht wurden. Insgesamt konstatiert Weidner im Anschluss an die Ergebnisse von Rainer Pöppinghege, dass die Straßennamen der Nachkriegszeit damit »mehrere übereinander

geschichtete und teilweise amputierte kollektive Geschichtsbilder« repräsentierten. Die 1950er und 1960er Jahre stellten dann zudem den erwähnten Auftakt für nationalistische Straßennamen dar, deren Umbenennung heute diskutiert wird.

Walter Gödden identifiziert in seinem Überblick der westfälischen und lippischen Literatenszene insgesamt 64 mehr oder weniger durch ihr Verhalten während der NS-Zeit belastete Autorinnen und Autoren. Von diesen sind allerdings nicht alle auf Straßenschildern geehrt worden, andere dagegen vielfach, wie etwa Karl Wagenfeld, Agnes Miegel und Friedrich Castelle. Zumeist handelte es sich bei dieser Gruppe häufig um literarisch weniger bedeutsame Dichterinnen und Dichter. An drei Beispielen beschreibt Gödden dann die Verflechtungen der Literaten mit dem Nationalsozialismus und plädiert auf dieser Basis für detaillierte biographische Studien einschließlich des literarischen Œuvres, um den ganz unterschiedlichen Verhaltensweisen während der NS-Diktatur gerecht zu werden.

Nach diesen Überblicksbeiträgen zur Benennungspraxis untersuchen die folgenden Aufsätze ausgewählte Personen aus der westfälischen Heimatbewegung, der Literatur und der Politik, bei denen heute nach längerer Diskussion eine Umbenennung von Straßen, Plätzen und Schulen vorgenommen oder abgelehnt wurde oder noch diskutiert wird. Bei der Auswahl der Beispiele zeigte sich, dass einige der aktuell diskutierten Fälle nicht bearbeitet werden konnten, da die Quellen nur bruchstückhaft überliefert sind. Andere Personen wurden lediglich in einer oder sehr wenigen Städten und Gemeinden auf Straßenschildern geehrt und konnten hier nicht berücksichtigt werden.²¹ Die vier hier ausführlich vorgestellten Personen – die Dichterin Agnes Miegel, der Heimatbundfunktionär und Dichter Karl Wagenfeld, der Redakteur, NS-Kulturfunktionär und Heimatdichter Friedrich Castelle sowie der führende Militär des Ersten Weltkrieges und letzte Reichspräsident der Weimarer Republik Paul von Hindenburg – sind hingegen Namenspatrone einer Fülle von Straßen und Plätzen in Westfalen und Lippe sowie im gesamten Gebiet der Bundesrepublik. Die einzelnen Beiträge schenken dabei dem historischen Kontext Beachtung, in dem die Namensgeber sich bewegten. Deshalb werden zunächst die Beziehungen zum Nationalsozialismus vor 1933 sowie die Nähe und Überlappung völkischer, nationalistischer und autoritärer Vorstellungen mit den nationalsozialistischen Zielsetzungen untersucht. Anschließend wird nach der Verankerung und Verflechtung der einzelnen Personen mit der NS-Diktatur und in den einzelnen nationalsozialistischen Organisationen

21 Immer wieder wurden nach der Tagung zu Personen in einzelnen Gemeinden Anfragen an das LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte gerichtet, die aufgrund der sehr schwierigen Quellenlage aber nur mit erheblichem Aufwand bearbeitet werden können. Zu anderen Musikern, Künstlern und Medizinerinnen vgl. die teilweise sehr knappen Angaben der »Stammbücher zu Straßennamen«, deren Umbenennung in Münster diskutiert wird (www.muenster.de/stadt/pdf/stammblaetter-strassennamen.pdf) (Stand 15. 12. 2011).

gefragt und analysiert, wie weit das Engagement im nationalsozialistischen Staat reichte, ob es sich bei den Literaten um aktive Nationalsozialisten oder Mitläufer handelte, die als »Konjunkturritter« oder »Gelegenheitstäter« Karriere machen wollten. Schließlich widmen sich die Beiträge dem Verhalten gegenüber den Verfolgungsmaßnahmen und der antisemitischen Politik während des »Dritten Reiches«, bei Miegel und Castelle auch den Einstellungen zur Eroberungs- und Vernichtungspolitik während der Kriegsjahre sowie den Äußerungen und Stellungnahmen der beiden Autoren in der Endphase des Krieges. Für die Zeit nach 1945 beleuchten die Beiträge zu Miegel und Castelle ferner, inwieweit sich beide mit ihrer Vergangenheit während der NS-Diktatur auseinandersetzten und wie sie von ihren Zeitgenossen gesehen wurden. Schließlich richten alle Beiträge ihr Augenmerk auf die Ehrungen als Namensgeber und auf die älteren und aktuellen Forderungen nach Umbenennungen solcher Straßen und Plätze.

Hier kann *Steffen Stadthaus* mithilfe der breiten und bisher kaum berücksichtigten Quellenbasis für Agnes Miegel anhand ihrer Texte und privaten Äußerungen zeigen, dass sie bereits vor Kriegsbeginn das NS-Regime »schriftstellerisch mit all ihrer Energie unterstützte«. Dabei handelte es sich nicht um bloße Auftragsarbeiten, Schutzbehauptungen oder gar erzwungene Stellungnahmen; vielmehr trug Miegel die nationalsozialistische Politik voll und ganz mit. Selbstkritisch beurteilte sie hingegen ihr anfängliches Zögern gegenüber dem neuen Regime, das sie sich selbst als Versagen vorhielt. Auch während des Krieges unterstützte Miegel das Regime bis in das Frühjahr 1945. Nach 1945 unterließ Miegel jede Form selbstkritischer Reflexion des eigenen Verhaltens. In privaten Briefwechseln mangelte es ihr an Schuldbewusstsein und Einsicht in das eigene Tun. Stattdessen präsentierte sie sich als unpolitische Dichterin und Vertreterin der Anliegen von Flüchtlingen und Vertriebenen. Gleichwohl erhielt Miegel auch nach 1945, wie schon während der Weimarer Republik und während der NS-Zeit, wichtige Literaturpreise. Im Kontext der zunehmend kritischen Auseinandersetzungen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit wurde es dann seit den späten 1960er und 1970er Jahren still um Agnes Miegel, die gleichwohl nach wie vor als Namensgeberin von zahlreichen Straßen und Schulen in Westfalen und anderen bundesdeutschen Regionen geehrt wird.

Der Beitrag von *Karl Ditt* beschreibt auf ebenfalls breiter Quellenlage eingehend den Lebensweg des führenden Funktionärs der westfälischen Heimatbewegung und Literaten Karl Wagenfeld. Dessen Denken bewegte sich zwischen völkisch-konservativer Ideologie und dem Nationalsozialismus, wobei sich die Inhalte einzelner Bereiche überlappten. In anderen Bereichen grenzte sich Wagenfeld hingegen von den Zielsetzungen des Nationalsozialismus ab. Dennoch warb Wagenfeld, wie Ditt eindringlich zeigen kann, 1933 für das neue Regime. Er wurde aber schon ein Jahr später politisch und organisatorisch an den Rand gedrängt.

Gleichwohl bedachte das NS-Regime Wagenfeld mit hohen Auszeichnungen. Die Ehrungen des bereits 1939 verstorbenen Wagenfeld wurden nach 1945 bis etwa Anfang der 1980er Jahre fortgeführt. Ditt demonstriert dies anschaulich mit Hilfe einer Karte, auf der die regionale Verteilung der Straßen mit dem Namen Karl Wagenfeld eingezeichnet ist. Mittlerweile werden Stellungnahmen, die Wagenfeld als unpolitischen Funktionär der Heimatbewegung beschreiben, jedoch eindeutig kritisiert.

Friedrich Castelle, dessen Biographie *Steffen Stadthaus* vorstellt, war demgegenüber ein offen nationalsozialistischer Funktionär und ein Heimatdichter, der mit großen Anstrengungen versuchte, innerhalb des nationalsozialistischen Propagandaapparats aufzusteigen. Nach 1945 präsentierte sich Castelle hingegen wie die beiden anderen Autoren als unpolitischer Heimatdichter. Auch Castelle unterließ jede kritische Selbstsicht auf sein Handeln während der NS-Zeit.

Hans-Ulrich Thamer verortet schließlich den »Helden« des Ersten Weltkrieges und Reichspräsidenten beim Übergang von der Weimarer Republik zur NS-Diktatur in der deutschen Erinnerungskultur. Nach einer Skizze der neuesten historischen Forschungsergebnisse zur Rolle und zum Handeln Hindenburgs während der Endphase der Republik, bei der Machtübertragung an die Nationalsozialisten und bei der Installierung der Diktatur 1933/34 verfolgt Thamer die verschlungenen Diskussionen und Forderungen zu Umbenennungen von Straßen und Plätzen mit dem Namen Paul von Hindenburg und geht insbesondere auf die Diskussionen zur Umbenennung des Hindenburgplatzes in Münster ein. Dabei hebt Thamer mehrere Initiativen seit 1945 hervor, die bereits 1927 von der Stadt ausgesprochene Ehrung wieder aufzuheben, so beispielsweise die auch von Marcus Weidner beschriebene Anordnung der britischen Besatzungsmacht, den Hindenburgplatz umzubenennen, die von den Kommunalpolitikern in Münster nicht vollzogen wurde, oder die zweite und dritte Welle von Anträgen verschiedener politischer Initiativen und Parteien in den 1960er und 1970er Jahren sowie nochmals in den 1980er und 1990er Jahren.

Die biographischen Beiträge verdeutlichen insgesamt, dass sich die zeitgenössischen Diskussionen und Gründe für eine Ehrung auf dem Straßenschild sowie gegebenenfalls für oder gegen eine Umbenennung – selbst die Diskussionen seit den 1950er Jahren – nur mühsam rekonstruieren lassen. Auf der Basis ihrer quellengestützten Beiträge analysieren die Autoren gleichwohl mögliche Pfade bei der Entscheidung von Umbenennungsanträgen. Schließlich geht es um die Frage, ob die jeweilige Person im Kenntnisstand der neuesten historischen Forschungsergebnisse heute weiterhin als ehrungswürdig beurteilt werden kann.²² Jenseits der populären,

22 Neben dem Nationalsozialismus können beispielsweise auch Verbrechen während der Kolonialzeit und die späteren Ehrungen für deutsche Kolonialpolitiker geprüft werden.

häufig schlichten Einwände gegen Umbenennungen, die *Rainer Pöppinghege* am Schluss seines Beitrages prägnant auflistet und überzeugend zurückweist, werden grundsätzlich eingehende biographische Untersuchungen verlangt, die über die formalen Mitgliedschaften in Organisationen hinaus das Handeln und die Äußerungen der geehrten Personen vor, während und gegebenenfalls nach der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur würdigen. Die vorgeschlagenen Folgerungen aus solchen Prüfungen reichen in den vorliegenden Studien von der Umbenennung der Straßen mit dem Namen von Agnes Miegel und Friedrich Castelle bis hin zur Beibehaltung des Straßennamens, der mit einer zusätzlichen Erläuterung auf dem Schild versehen werden sollte, wie es Karl Ditt im Fall Wagenfeld unterbreitet.²³ Eine interessante Variante schlägt schließlich Hans-Ulrich Thamer für den Hindenburgplatz in Münster vor. Dieser solle umbenannt werden und das neue Straßenschild dann eine Erläuterung zur Namensgeschichte erhalten. Der Platz und sein Name werden dadurch zum »begehbaren Geschichtsbuch«. Der gern erhobene, aber grundsätzlich irreführende Vorwurf einer *damnatio memoriae* oder eines »Bildersturms« würde dadurch jedenfalls ausgehebelt.

23 Vgl. auch die im Beitrag von Ditt genannten Beschlüsse einzelner westfälischer Gemeinden zu Straßen mit dem Namen Karl Wagenfeld. Darüber hinaus haben die Prüfungen zu den diskutierten Straßennamen in einzelnen Städten und Gemeinden – beispielsweise in Münster – ergeben, dass einige Straßennamen ohne weiteren Kommentar beibehalten werden sollen. Vgl. die »Stammlblätter zu Straßennamen« (Anm. 21) und die »Empfehlungen der Kommission Straßennamen« in Münster. Pressemeldung der Stadt Münster vom 22. 6. 2011 (www.muenster.de/stadt/pdf/strassennamen2011-06.pdf) (Stand 15. 12. 2011).

Rainer Pöppinghege

GESCHICHTSPOLITIK PER STADTPLAN.
KONTROVERSEN ZU HISTORISCH-POLITISCHEN
STRASSENAMEN

Der Umgang mit Straßennamen ist in der Regel durch Ignoranz und Emotionalität gleichermaßen geprägt. Dieser scheinbare Gegensatz lässt sich sowohl individuell als auch zeitlich verorten. Individuell, weil viele Menschen Straßennamen lediglich als Orientierungshilfe betrachten und sie die damit verbundene geschichtspolitische Dimension nicht interessiert. Anderen wiederum ist gerade die Symbolfunktion von Straßennamen für das kollektive Gedächtnis einer Stadt wichtig. Gelegentlich vermischen sich diese beiden Bereiche, dann nämlich, wenn öffentlich für die Umbenennung einer Straße plädiert wird. In diesen Fällen lassen emotionale Diskussionen auf beiden Seiten nicht lange auf sich warten und die geschichtspolitische Dimension rückt für kurze Zeit in den Fokus.

Im Folgenden sollen der grundsätzliche Charakter von Straßennamen und deren historische Genese betrachtet werden. Hierbei gilt es auch den »Benennungskonjunkturen« der letzten 200 Jahre nachzuspüren, die deutliche Spuren auf bundesdeutschen Stadtplänen hinterlassen haben. Schließlich befasst sich dieser Beitrag – basierend auf den zuvor angestellten allgemeinen Betrachtungen – mit den gängigen Argumenten gegen Umbenennungen und versucht Hinweise für den künftigen Umgang mit der Thematik zu liefern. Es stellt sich also die Frage, wie historische Diskurse in politische Entscheidungen einfließen.

Die Straßenbe-, -um- oder -rückbenennung spielt sich im politischen Raum ab. Es handelt sich um eine politische Frage, zu der Historiker sicherlich Erkenntnisse des neuesten Forschungsstandes beisteuern können. Die Entscheidung darüber, wie mit diesen Hinweisen umgegangen wird, liegt jedoch bei den parlamentarischen Vertretungen. Ein Dilemma für den Historiker bilden die fundamentalen Unterschiede zwischen seiner Arbeitsweise und den Notwendigkeiten der Straßenbenennung: Positionen der Geschichtswissenschaft sollten im Idealfall differenziert und multiperspektivisch sein. Jeder Historiker ist sich des vorläufigen Charakters seiner Ergebnisse bewusst. Und in der Regel ist seine Position, eben weil sie differenziert ist, auch erklärungsbedürftig. Wie anders kommen Straßenbenennungen auf uns! Ein Name – mehr nicht! Um wen oder was es sich handelt, wird meistens nicht oder nur spärlich erklärt. Das Straßenschild mag das Resultat langwieriger und intensiver Aushandlungsprozesse über die Würdigkeit eines Namenspatrons darstellen, am Ende muss sich das politische Gremium für oder gegen eine Benennung entscheiden. Eine Differenzierung ist nicht möglich, sieht

man einmal von der Praxis ab, mittels des Charakters einer Straße etwas über den Grad der vermittelten Ehrung auszusagen. So wäre es sicherlich nur eine geringe Ehrung, eine Sackgasse in einem Vorort nach einer international bedeutenden Persönlichkeit zu benennen.¹ Anders als Befunde der geschichtswissenschaftlichen Forschung müssen Straßenbenennungen eindeutig und klar sowie eindimensional und verständlich sein. Sie können auch nicht ausgiebig erklärt werden, sondern müssen prinzipiell selbsterklärende Ehrungen sein. Wer »Mozartstraße« liest, weiß, dass damit der Komponist und kein anderer geehrt werden soll. Eines jedoch haben Straßenbenennungen und geschichtswissenschaftliche Positionen gemein: sie sind revidierbar. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass beide es immer gewesen sind und dass die Zeitgenossen jeweils das Recht für sich in Anspruch nahmen, ihre eigenen Geschichtsbilder zu entwickeln und die alten auf den Prüfstand zu stellen. In Fällen, in denen Straßennamen substantiell von dem gewandelten Geschichtsbild abwichen, wurden Namen geändert. Parallel dazu werden in der Geschichtswissenschaft Positionen, die im Licht neuerer Forschungen nicht länger haltbar erscheinen, modifiziert bzw. revidiert.

1 Zur Genese von Straßenbenennungen

Die ersten Straßenbenennungen der Vormoderne dürften ohne schriftliche Fixierung ausgekommen sein. Sie besaßen ausschließlich eine Orientierungsfunktion, damit sich die Menschen in den wachsenden Städten des europäischen Mittelalters zurechtfinden konnten. Erst nach und nach wurden diese eingebürgerten Namen amtlich benannt und damit auch der Uneinheitlichkeit und der Wandelbarkeit der mündlichen Benennung entzogen, also quasi institutionalisiert. Erst im 18. Jahrhundert, zu einer Zeit also, als der Staat immer größeren Regelungsbedarf identifizierte – und selbst schuf –, trat neben die Orientierungsfunktion eine weitere: Im Zeitalter des Nationalismus und der politischen Ideologisierung nutzte man Straßennamen dazu, um Personen zu ehren bzw. an historische Ereignisse zu erinnern. Meist handelte es sich um die Monarchen bzw. Vertreter der Dynastie, die zu Namenehren gelangten. Bei den Ereignissen wurden jene mit Symbolcharakter, oft Schlachtorte, gewählt. Greifbar ist diese Entwicklung im postrevolutionären Paris, das sich als erste Stadt eine historisch-politische Namenslandschaft verordnete.

¹ Vgl. Rainer Pöppinghege, *Wege des Erinnerens – was Straßennamen über das deutsche Geschichtsbewusstsein aussagen*, Münster 2007.

In der Bundesrepublik existieren momentan mehr als 1,3 Millionen innerörtliche Straßen. Eine mittlere Großstadt verfügt über 1500 bis 2000 Straßen, für die ein Name gefunden werden musste. Bei der großen Mehrheit von ca. zwei Dritteln wählte man topographisch-ortsbezogene Namen ohne politischen Bezug. Es handelt sich um Namen aus Flora und Fauna (Fichtenweg, Amselweg) sowie solche, die sich auf Örtlichkeiten beziehen. Beim Kirchplatz, der Bahnhofstraße und dem Mühlenweg weiß jeder, woran er ist. Oft sind auch richtungsweisende Namen zu Nachbarorten zu finden. Zweifellos bieten dabei selbst diese »unpolitischen« Benennungen öffentlichen Diskussionsstoff z. B. aufgrund einer umständlichen Schreibweise, nicht gewählter Alternativen oder einer als unangemessen empfundenen Benennung.²

Im Unterschied dazu kann das Drittel der historisch-politischen Bezeichnungen für geschichtspolitische Diskussionen sorgen, da der Grad der gesellschaftlichen Identifikation höchst diffus und zudem noch zeitgebunden ist. Dass Straßennamen überhaupt mit geschichtspolitischer Absicht vergeben werden, ist übrigens keineswegs selbstverständlich und in allen Ländern in unterschiedlichem Ausmaß anzutreffen. Denn sie dienen in aller Regel der Legitimation politischer Ordnungen, was bedeutet, dass insbesondere bei Systemwechseln bzw. -brüchen alte gegen neue Namen getauscht werden. Ein Land wie die USA mit einem stabilen politischen System und einer relativ homogenen und kontinuierlichen politischen Geschichte fühlt sich in weit geringerem Maße veranlasst, sein Selbstverständnis auf Straßenschildern zu zeigen.³ Eine Ausnahme bilden Kriegszeiten, die auch in Nordamerika Spuren auf den Straßenschildern hinterlassen haben.⁴ Wo die politischen Systeme häufig wechselten – in Frankreich 1789, in Gebieten mit heterogenen territorialpolitischen Ansprüchen wie Palästina und der seinerzeitigen Tschechoslowakei oder mehrfach in der jüngeren deutschen Geschichte⁵ – entsteht die Neigung, das epochenspezifische Geschichtsbild auf den Straßen zu »asphaltieren«. Trotzdem können wir auch in Deutschland von einem recht homogenen Fundus sprechen. Umbenennungen betreffen in der

2 Zu denken ist hier beispielsweise an einen Straßennamen, der von einem Unternehmen als wenig imageförderlich angesehen wird. Ein High-Tech-Unternehmen würde vielleicht ungern in einer Straße mit stark ländlicher Konnotation residieren.

3 Lawrence M. Baldwin/Michel Grimaud, Washington, Montana, the Dakotas – and Massachusetts: A Comparative Approach to Street Naming, in: *Names* 37 (1989), S. 115–138.

4 Zur Umbenennung ursprünglich an Deutschamerikaner erinnernder Straßennamen während des Ersten Weltkriegs in den USA vgl. Katja Wüstenbecker, *Deutsch-Amerikaner im Ersten Weltkrieg. US-Politik und nationale Identitäten im Mittleren Westen*, Stuttgart 2007.

5 Vgl. Maoz Azaryahu, *Von Wilhelmsplatz zu Thälmannplatz. Politische Symbole des öffentlichen Lebens der DDR*, Gerlingen 1991.

Regel nur eine kleine Auswahl von je nach Epoche als inakzeptabel betrachteten Namen.⁶

Die Analyse des historisch-politischen Straßennamenbestandes mit seiner Repräsentativ- und Erinnerungsfunktion ermöglicht es, Aussagen zum »Identitätsprofil« einer Stadt zu machen. Denn die Straßennamen wurden immer ganz bewusst im Sinne der Traditionsbildung und Identifikation ausgewählt und stellen in jedem Fall die Ehrung einer Person oder die Würdigung eines Ereignisses dar. Ende des 19. Jahrhunderts formulierte es ein Zeitgenosse, der sich mit der Herkunft der Straßennamen beschäftigt hat, wie folgt:

»Durch die Benennung von Straßen zur Ehrung verdienter Männer wird deren Andenken hierdurch der Nachwelt überliefert und der Bevölkerung der Stadt geläufig [...]. In der Beschreibung der Schicksale eines großen Mannes entrollen wir zugleich [...], ein Bild der emporstrebenden menschlichen Natur und der Geschichte einer Zeitperiode [...]; es eröffnet sich uns durch die Aufzählung einer Reihe denkwürdiger Männer der Tempel des Ruhmes unserer Nation, und lebendig treten die Männer uns entgegen, umgeben vom Glanze der Verdienste, ein hellleuchtendes Licht auf ihre Zeit werfend. Alle Jahrhunderte reden durch sie zu uns und an unserem Auge zieht laut mahnend der Strom der Vergangenheit vorüber. Je nach Verschiedenheit des Standes wird daher das Leben des einen oder anderen viel bewegt oder einfach sein. Ist der Krieger, der mit seinem Blute des Vaterlandes Grenze und Bestand verteidigt, des Nachruhmes wert, so ist es auch der Gelehrte, der Künstler oder der Handwerker und Bauer, der mit Anstrengung seines Geistes die geistige und leibliche Wohlfahrt durch seine Lehren, Erfindungen, seine Einrichtungen belebte und ihnen neuen Anstoß gab.«⁷

Was hier so idealtypisch als repräsentativer Querschnitt historischen Wirkens dargestellt wird, ist in Wirklichkeit eine höchst selektive Angelegenheit. Denn *wer* zu Namensehren kam und *wer nicht*, war bis in die jüngste Zeit hinein kein Ergebnis eines öffentlich-demokratischen Diskurses, sondern den Vorlieben bestimmter gesellschaftlicher Gruppen geschuldet. Daher sind Straßennamen auch kein Spiegel der Geschichte, sondern lediglich Repräsentanten eines selektiven Geschichtsbildes, das noch dazu höchst unvollständig ist. Denn der Umgang mit Straßennamen hat notwendig eine positivistische Dimension: wir sehen heute nur noch solche Namen, die einmal als erinnerungswürdig eingestuft wurden, nicht aber jene Personen, die den Zeitgenossen damals als nicht »straßennamentauglich« galten. Wer Straßennamen für einen Spiegel der Geschichte hält, der sollte einmal

⁶ Eine Ausnahme betraf die Umbenennungen durch die Nationalsozialisten, die auch quantitativ ins Gewicht fielen. Vgl. hierzu den Beitrag von Marcus Weidner in diesem Band.

⁷ Karl Graf von Rambaldi, Die Münchener Straßennamen und ihre Erklärung. Ein Beitrag zur Heimatkunde, München 1894, S. 2 f.

nach den Relikten der Revolution von 1848 auf deutschen Straßenschildern suchen. Außer 36 Straßen, die nach dem Revolutionär Friedrich Hecker benannt sind, finden sich kaum Verweise auf dieses Ereignis, das aus heutiger Sicht weitaus bedeutsamer war als die königs- und kaisertreuen Stadtväter lange Zeit meinten. In den »Olymp« der Straßenbenennungen schafften es in den meisten Städten übrigens die Dichter und Denker, die Techniker und meist konservative Politiker, nicht aber die Protagonisten demokratischer Traditionen – und selbstverständlich auch so gut wie keine Frauen.

Das Zitat Rambaldis spiegelt darüber hinaus eine wichtige Wandlung, die im 19. Jahrhundert einsetzte. Seitdem wurden verstärkt Vertreter des Bürgertums mit Straßenehren bedacht, da der König bzw. der Staat die Benennungskompetenz tendenziell dezentral delegierte. Das heißt nicht, dass die Benennungen generell Gegenstand öffentlicher Diskurse wurden, doch waren örtliche Staatsvertreter in Person des Ortspolizeivorstehers gegenüber dem Ansinnen der Bürger vor Ort aufgeschlossener als der König in der fernen Residenz.⁸ In Preußen mussten Benennungen von den Regierungspräsidenten genehmigt werden, teilweise kümmerte sich auch der städtische Magistrat darum. Bedenkt man, dass Vertreter der kommunalen Parlamente durch das preußische Dreiklassenwahlrecht und eben nicht nach Repräsentativprinzipien gewählt wurden, so wird die undemokratische Entscheidungsfindung in Bezug auf die Straßenbenennung deutlich.⁹ Eine repräsentative Beteiligung ist erst für die Zeit der Weimarer Republik und dann wieder nach dem Zweiten Weltkrieg zu konstatieren. Unberührt davon blieb über die Jahre hinweg das Vorschlagsrecht von Bürgern, Heimatvereinen und überregionalen Initiativen. Hinzuweisen ist im Übrigen auf die Tatsache, dass selbst in demokratischen Systemen das Recht auf die Namensgebung zwischen Zentralgewalt und Gemeinden umstritten war.¹⁰ Inzwischen zählt die Benennung von Straßen nach allgemeiner Auffassung zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde.¹¹

8 Wie uneinheitlich die Regelungen in den einzelnen Ländern und Gemeinden waren, zeigt Helmut Winkelmann, *Das Recht der öffentlich-rechtlichen Namen und Bezeichnungen – insbesondere der Gemeinden, Straßen und Schulen*, Stuttgart 1984, S. 61 ff. Für Münster vgl. Bernhard Holtmann, *Die Straßennamen der Stadt Münster in Westfalen*, Phil. Diss. Münster 1940, S. 2–59.

9 Vgl. Pöppinghege, *Wege des Erinnerns*, S. 21 ff. sowie Holtmann, *Straßennamen*, S. 37 ff.

10 Landesarchiv Berlin (LAB), Bestand Deutscher Städtetag (B Rep. 142/1), 811/I: Sitzungsprotokolle des Vorstandes des Deutschen Städtetages: Vorstandssitzung des Preussischen Städtetages am 15. Dezember 1922: »Trotz Ablehnung des Preussischen Ministeriums des Innern soll darauf bestanden werden, dass die Straßenbenennung dem Bereiche der durch den Bürgermeister zu handhabenden städtischen Polizeiverwaltung zuzuweisen ist.«

11 LAB, Bestand Deutscher Städtetag (B Rep. 142-09), 0/715-74, *Straßenbenennungen/Straßenumbenennungen in den 1970er Jahren*. Schreiben des Deutschen Städtetags an die Stadt Leverkusen vom 20. 5. 1977.

Um ungeachtet aller Landesgesetze und kommunalen Vorschriften eine möglichst einheitliche und nachvollziehbare Benennungspraxis zu erreichen, wurden verschiedene Akteure aktiv. Im Auftrag der Gesellschaft für deutsche Sprache empfahl August Hottenrott bereits 1953, möglichst unpolitische Namen zu wählen und stattdessen auf Schriftsteller, Maler, Komponisten und Philosophen zurückzugreifen, was seit dem 19. Jahrhundert ohnehin gängige Praxis war.¹² Seinem damaligen Rat zur Wahl von seltenen Vornamen, um »dadurch den Zusammenhang mit der germanischen Namenwelt aufrecht« zu erhalten, ist man jedoch kaum gefolgt.¹³ Etwas abstrakter nehmen sich die Empfehlungen des Deutschen Städtetages von 1981 aus.¹⁴ Zunächst sollte ein Straßename klar, kurz und einprägsam sein, was bei Dialektnamen, ausländischen Partnerstädten aber auch Doppelnamen von Personen nicht immer einzuhalten ist. Als zweites Kriterium galt der Vorzug von historischen Flurnamen vor Personennamen, also die Würdigung der Kulturlandschaft gegenüber einer allzu willfährigen Personalisierung der Straßentopographie. Drittens: Persönlichkeiten – in der Regel verstorbene – sollten nur dann geehrt werden, »wenn ihr Geschichtsbild abgeklärt ist«, was in der Praxis Probleme nach sich ziehen kann, wie die zahlreichen Umbenennungsdebatten belegen. Viertens sollte die Orientierungsfunktion von Straßennamen gestärkt werden, indem homogene Motivgruppen in zusammenhängenden Baugebieten zu wählen waren. Dies erklärt die Existenz von z. B. Dichter-, Komponisten- und Singvierteln in unseren Städten. Und schließlich wies der Deutsche Städtetag auf ein Faktum hin, was unbestritten und jedem mit der Straßenbenennung Vertrauten bekannt ist: Eine Straßenbenennung stellt eindeutig eine Ehrung dar und kann nicht als Mahnmal dienen, will man die Öffentlichkeit nicht überfordern und den grundsätzlichen Sinn von Straßennamen in Frage stellen. Es wäre niemandem zu vermitteln, dass die eine Straße als Ehrung, die andere als Mahnung zu betrachten wäre. Außerdem könnte man in einem solchen Fall auch eine Adolf-Hitler-Straße mit dem scheinheiligen Argument konservieren, man wolle doch nur mahnen. Also: Der ehrende Charakter eines Straßennamens ist unumstößlich!

12 August Hottenrott, *Straßennamen. Grundsätze für Wahl und Schreibung*, hg. im Auftrag der Gesellschaft für Deutsche Sprache, Lüneburg 1953.

13 Ebd., S. 23.

14 Winkelmann, *Recht sowie Pöppinghege, Wege des Erinnerns*, S. 23 f.